

Protokolleintrag vom 16.01.2008

2008/14

Postulat von Dr. Martin Sarbach (SP) und Beatrice Reimann (SP) vom 16.1.2008: Strassenverkehrsabgaben (Road Pricing), Pilotprojekt

Von Dr. Martin Sarbach (SP) und Beatrice Reimann (SP) ist am 16. Januar 2008 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Zürich beim Bund ein Pilotprojekt für Road Pricing im Raum Zürich einreichen kann, wobei die Einnahmen aus dem Pilotprojekt zweckgebunden für Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsarten und/oder zur Rückverteilung an Bevölkerung und Wirtschaft zu verwenden sind.

Begründung:

Das stetig wachsende Verkehrsaufkommen im Raum Zürich führt mit den damit einhergehenden Lärm- und Luftschadstoffbelastungen zu einer empfindlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität. Aus Sicht der AutofahrerInnen geht gleichzeitig in Staus wertvolle Zeit verloren, die weit produktiver eingesetzt werden könnte. Dies ruft nach einer steuernden Einflussnahme auf das Verkehrsgeschehen. Ziel darf dabei nicht bloss eine zeitliche und räumliche Optimierung des Verkehrsflusses sein, vielmehr ist darüber hinaus ein verbesserter Modalsplit anzustreben. Diesem Ziel ist zuträglich, die aus dem Road Pricing erwirtschafteten Einnahmen in umweltfreundliche Verkehrsarten zu investieren und/oder an Bevölkerung und Wirtschaft rückzuvergüten.

Nachdem in anderen Ländern mit Road Pricing ermutigende Erfahrungen gemacht wurden, laufen nunmehr auch hierzulande ernsthafte Bestrebungen, den Städten und Agglomerationen Pilotprojekte mit Road Pricing zu ermöglichen. Der Raum Zürich ist mit einem schweizweit rekordhohen Verkehrsaufkommen für ein solches Pilotprojekt prädestiniert. Die Stadt Zürich kann und soll ein solches Pilotprojekt nicht ohne Mitwirkung des Kantons realisieren. Der Stadtrat wird ein solches Pilotprojekt daher in Kooperation mit dem Regierungsrat auszuarbeiten haben. Road Pricing ist im neuen kantonalen Richtplan nunmehr ausdrücklich vorgesehen. Im Kantonsrat sind denn auch entsprechende Vorstösse bereits hängig.